



Bei Variante II liegt das EKG-Baufeld im hinteren Bereich des Geländes, Variante III hat die Form eines schmalen Riegels. Die weißen Kuben visualisieren die Grenzen, innerhalb derer gebaut werden darf; Form und Höhe der Gebäude folgen erst im nächsten Planungsschritt. GRAFIKEN: KSW ARCHITECTEN UND STADTPLANER (DRUCKSACHE: STADT LAATZEN)

# Politik setzt sich über Proteste hinweg

EKG: Baufeldvariante wird auch im Schulausschuss nicht geändert / Politik beschließt pädagogisches Konzept

Von Johannes Dorndorf

**Laatzen-Mitte.** Die Proteste gegen das von der Politik favorisierte Baufeld für das neue Erich-Kästner-Schulzentrum dauern an. Im Schulausschuss warfen Lehrer, Eltern und Schüler des Gymnasiums noch einmal alles in die Waagschale, um Laatzens Ratspolitiker zu einer Meinungsänderung zu bewegen. An deren Entscheidung änderte dies jedoch nichts.

Formal ging es in der Sitzung um das pädagogische Konzept, das die Lenkungsgruppe zum EKG-Neubau mit Vertretern von Schulen, Politik und Verwaltung in den vergangenen Monaten erarbeitet hat. Das Konzept sieht vor, dass die beiden Schulen einige Bereiche wie Forum, Mensa, Musik- und Kunsträume größtenteils gemeinsam nutzen wollen, aber auch getrennte Räume benötigen. Insbesondere die naturwissenschaftlichen Sammlungen sollen separat und auf dem Schulhof unterschiedliche Bereiche für verschiedene Altersgruppen angeboten werden. Eine klare Abgrenzung wünschen sich die Schulen während der Schul-

## 210

Meter lang und 31 Meter breit – das sind die Abmaße eines Riegels, der in der Baufeld-Variante III vor dem bisherigen Haupteingang der Sporthallen vorgesehen ist. Diesen hatte die Politik unlängst ausgewählt.

zeit auch zwischen Schulgelände und öffentlichem Bereich.

Lehrer, Eltern und Schüler befürchten, dass die von der Politik unlängst ausgewählte Baufeld-Variante III sich mit dem Konzept nicht verbinden lasse. Die Variante sieht einen knapp 210 Meter langen und bis zu 31 Meter breiten Riegel vor dem bisherigen Haupteingang der Sporthallen vor, der von einem öffentlichen Weg gequert wird. Lars Regner, Elternvertreter im Schulvorstand befürchtet, dass mit dieser Vorfestlegung die „falschen Weichen“

gestellt werden. „Es gibt Bereiche, wo Schüler unter sich sein sollen und Bereiche die öffentlich sind. Man muss schauen, dass das Baufeld diese Differenzierung zulässt“, sagte Regner. Die Variante lasse insbesondere für den Aufenthalt in den Pausen „nur wenige Möglichkeiten“ zu.

Ähnlich äußerten sich die Schülervertreter: „Ich fühle mich unsicher mit dem Gedanken, dass Menschen Zugang zu dieser Schule erhalten“, sagte Marie Schäfer. Charlotte Wöbbecke ergänzte, dass Gymnasium wie Oberschule eigene Bereiche benötigen. „Ich habe mich entschieden, auf ein Gymnasium zu gehen, weil ich nicht auf eine Gesamtschule wollte.“ Die Notwendigkeit einer „klaren baulichen Trennung“ der beiden Schulen begründete EKG-Leiterin Heila Kohl mit den „völlig unterschiedlichen Bildungsaufträgen“ von Gymnasium und Oberschule.

Für Unmut sorgte ein Ergänzungsantrag von SPD, Grünen und Linken, laut dem das EKS „ein öffentlicher Ort im öffentlichen Raum“ sei und bei der Raumplanung auf „größtmögliche Synergieeffekte“ geachtet werden soll. Gundhild Fiedler-Dreyer (CDU) sieht darin – wie auch FDP-Ratsherr Gerhard Klaus – eine Einmischung in das pädagogische Konzept der Schule. „Da haben wir nicht reinzureden“, findet Fiedler-Dreyer. Sie plädierte dafür, die Diskussion zum Baufeld mit der über das pädagogische Konzept zu verbinden.

„Unser Ansatz ist nicht, am Schulkonzept herumzudiskutieren“, erwiderte Petra Herrmann (SPD). Es gehe in dem Ergänzungsantrag vielmehr darum, „die Rolle und Funktion des Schulzentrums in der Stadt zu definieren“. Auf die Frage, was mit „öffentlichem Ort“ konkret gemeint sei, antwortete Herrmann: „Wir wollen keine Bunker bauen, sondern einen Ort, der in das Gesamten-

semble unserer Innenstadt passt.“

Gerhard Klaus (FDP) verwies darauf, dass eine Diskussion über Räume bislang sinnlos sei, weil das Raumprogramm erst noch erarbeitet werde. „Man kann die Frage nicht entscheiden, weil es noch kein Gebäude gibt“, sagte Klaus.

Elternvertreterin Annett Kiesel ärgerte sich, dass die Standortfrage nicht breiter diskutiert wurde. „Wie kann man als Ausschuss eine so wichtige Entscheidung im Alleingang treffen“, fragte Kiesel. „Wieso haben wir Schulen besichtigt, wenn es dann doch ein Riegel wird?“ Sicht-

lich um Fassung ringend, ergänzte sie: „Wir brauchen in Laatzen-Mitte nicht mehr Wohnungen, sondern freie und grüne Bereiche. Ich möchte Sie bitten, dem Schulneubau mehr Raum zu geben.“

Der Ausschuss sprach sich am Ende einstimmig für das pädagogische Konzept aus, während die Ergänzungsantrag der Mehrheitsgruppe SPD/Grüne/Linke in den Verwaltungsausschuss verwiesen wurde. Die entgeltliche Entscheidung über Baufeld und pädagogisches Konzept soll am Donnerstag, 15. März, im Rat der Stadt folgen.

### KOMMENTAR

## Es fehlt an Transparenz



Von Johannes Dorndorf

Die Sitzungen der Vertretung sind öffentlich. Es ist ein einfacher Satz der Niedersächsischen Kommunalverfassung, den man nicht hoch genug schätzen kann. Der Rat, seine Ausschüsse und die Ortsräte sind nicht nur Gremien, in denen wichtige Entscheidungen für Laatzen fallen, sondern auch Orte der Transparenz: Hier können sich Bürger informieren und ein Bild davon machen, wie Entscheidungen zustande kommen. Eigentlich.

Die öffentliche Debatte zum künftigen Standort des Erich-

Kästner-Schulzentrums ist vor diesem Hintergrund wenig vorbildlich gelaufen.

Zwar wurde in den beiden entscheidenden Ausschüssen die Diskussion mit den Zuhörern freigegeben. Allerdings fehlte es an Informationen: Im Stadtentwicklungsausschuss blieb eine Erläuterung oder eine Präsentation der diskutierten Varianten aus. Und die Fachpolitiker der SPD-geführten Mehrheitsgruppe hielten es nicht für nötig, die Beweggründe für ihre Entscheidung vorzutragen, sondern verwiesen auf eine spätere, teils nur stichpunktartige Drucksache.

Ein echter Austausch über das 40-Millionen-Euro-Projekt blieb so aus.

Es gibt gute Gründe für die Haltung der Schule, aber mit Sicherheit auch für die Entscheidung der politischen Mehrheit. Schade, dass Letztere diese für sich behalten hat.

### Die CDU ist in der Standortfrage gespalten

**Einig ist sich der Laatzen Rat** in der Frage um das EKS-Baufeld längst nicht. Insbesondere durch die CDU-Ratsfraktion zieht sich ein Riss. Eigentlich hatte sich Ratsgruppe CDU/FDP bereits im Januar intern für die Standort-Variante II ausgesprochen, die eine Neubebauung östlich des heutigen Schulgebäudes vorsieht. Bei der entscheidenden Sitzung

der nicht öffentlichen AG „Integrierte Planung der Baumaßnahmen in Laatzen-Mitte“, in der Politik und Verwaltung sitzen, stimmten dann jedoch die fünf Vertreter von CDU und FDP entgegen dem eigenen Gruppenvolumen gemeinsam mit den anderen Parteien für die von der Schule abgelehnte Variante III.

**Intern soll es danach**

**Innerhalb der Gruppe** zur Auseinandersetzung gekommen sein. CDU-Fraktionschef Christoph Dreyer erläuterte auf Anfrage, dass die Abstimmung in den politischen Gremien inzwischen freigegeben wurde. Im Rat werde die Mehrheit der CDU jedoch gegen die Variante III stimmen, während die FDP diese offenbar geschlossen favorisiert. *jd*